

IW-Reformkonzept

Fahrplan für mehr Wachstum

Die künftige Bundesregierung muss einen neuen Anlauf unternehmen, um Deutschland dauerhaft zu mehr Beschäftigung und Wachstum zu verhelfen. Dazu hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) einen umfassenden Reformfahrplan erstellt, dessen Umsetzung in den nächsten Jahren ein Wirtschaftswachstum von jährlich 2 Prozent ermöglichen würde.

Als Initialzündung müsste zum 1.1.2006 der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 5,5 Prozent gesenkt und der Solidaritätszuschlag abgeschafft werden. Dafür wird die Mehrwertsteuer um 2 Punkte erhöht. Außerdem sollte die Körperschaftssteuer auf 19 Prozent gesenkt werden. Um Beschäftigung zu mobilisieren, sollten im Laufe der neuen Legislaturperiode unter anderem das Arbeits- und Tarifrecht modernisiert und die Lohnnebenkosten weiter gesenkt werden. Schließlich muss die Bundesregierung die Sozialsysteme der alternden Gesellschaft anpassen – etwa durch eine Gesundheitsprämie. All dies könnte bis 2009 die Sozialbeiträge auf insgesamt 35,2 Prozent drücken und so mehr Arbeitsplätze schaffen.

Weiterhin zielt das IW-Reformprogramm darauf ab, Investitionen zu stimulieren – hierzu soll z.B. das Steuersystem grundlegend umgestaltet werden. Der Förderung der Bildung dient unter anderem der weitere Ausbau von Ganztagschulen. Nicht zuletzt gilt es, den Staatshaushalt zu konsolidieren, was etwa durch den Abbau von Finanzhilfen erreicht werden kann.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Vision Deutschland – Was jetzt zu tun ist. Ein Reformkonzept für die neue Bundesregierung, Köln 2005. Download unter www.iwkoeln.de

Gesprächspartner im IW: **Prof. Dr. Michael Hüther**, Telefon: (02 21) 49 81-6 00
Telefon am 21. September: (01 60) 90 74 23 92

IW-Reformkonzept

Ein Fahrplan für Wachstum und Beschäftigung

Die künftige Bundesregierung muss einen neuen Anlauf zu einer Wirtschaftspolitik nehmen, die mehr Menschen in Beschäftigung bringt und Deutschland dauerhaft wieder auf den Wachstumspfad zurückführt. Was dazu in den kommenden vier Jahren anzupacken ist, hat das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) in einem umfassenden Reformfahrplan Schritt für Schritt ausgearbeitet. Sämtliche Aktivitäten – von der Steuerreform über den Umbau der Sozialsysteme und die Bildungsreform bis hin zur Sanierung des Staatshaushalts – sind dabei aufeinander abgestimmt.*)

Deutschlands Wachstumsschwäche und die hohe Arbeitslosigkeit sind kein Naturgesetz, sondern zum guten Teil hausgemacht – das hat die IW-Studie „Vision Deutschland“ am Beispiel der Reformfolge von Ländern wie Schweden oder Großbritannien eindeutig erwiesen (vgl. iwd 9 und 10/2005). Lässt sich die neue Bundesregierung von den gewonnenen Erkenntnissen beim Erstellen ihres Regierungsprogramms leiten, ist längerfristig ein Wirtschaftswachstum von 2 bis 3 Prozent möglich.

Das IW-Reformkonzept konzentriert sich dazu auf vier Handlungsfelder:

- 1. Beschäftigung mobilisieren**
- 2. Investitionen stimulieren**
- 3. Humankapital bilden**
- 4. Haushalte konsolidieren**

Manche der dazu vorgeschlagenen Maßnahmen können bereits zum Jahreswechsel unter Dach und Fach sein – eine erste **Initialzündung** für die Wirt-

schaft. Im Anschluss daran sollte das vom IW vorgeschlagene **100-Tage-Programm** umgesetzt werden. Es enthält jene Schritte, die die dringendsten Korrekturen innerhalb der bestehenden Systeme vornehmen. Die zugehörigen Gesetze sind im Laufe des Jahres 2006 zu verabschieden. Last but not least müssen einige Weichen grundlegend neu gestellt werden. Das **1.000-Tage-Programm** benötigt einen längeren Vorlauf, sollte aber innerhalb dieser Legislaturperiode erledigt sein. Das IW-Regierungskonzept im Einzelnen (Tableau):

• **Wachstumscluster Beschäftigung.** Neue Arbeitsplätze entstehen, wenn der Arbeitsmarkt flexibler wird und die Arbeitskosten für die Unternehmen sinken. Letzteres lässt sich am leichtesten über die Stellschraube Lohnzusatzkosten bewerkstelligen. Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung kann sofort von 6,5 auf 5,5 Prozent gesenkt werden. Hin-

zu käme die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Gegenfinanziert werden müsste dies über eine Erhöhung des regulären Mehrwertsteuersatzes um 2 Prozentpunkte. Eine kleine Maßnahme mit großer Wirkung wäre es auch, befristete Arbeitsverträge unbegrenzt zu erlauben, so wie es heute für über 52-Jährige gilt.

Das 100-Tage-Programm sieht weitere Korrekturen im Sozialversicherungssystem vor, um die Lohnzusatzkosten zu dämpfen. Dazu zählt etwa, die Frühverrentungsabschläge zu erhöhen, die maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I generell auf zwölf Monate zu reduzieren und die aktive Arbeitsmarktpolitik stark einzuschränken.

Schon damit könnten die Sozialversicherungsbeiträge von heute 41,9 auf 38,9 Prozent im Jahr 2008 sinken.

Dann folgen die großen Modernisierungsvorhaben, um die Sozialsysteme der alternden Gesellschaft anzupassen. Das heißt, etwa das gesetzliche Renteneintrittsalter auf 67 zu erhöhen und den Rentenanspruch an die Zahl der Kinder zu koppeln. Die Einführung einer so genannten Gesundheitsprämie würde die Krankenkassenbeiträge vom Beschäftigungsverhältnis lösen. Und die staatliche Grundsicherung für Langzeitarbeitslose könnte in das Einkommenssteuersystem integriert werden: Wer nichts oder zu wenig verdient, erhält eine Steuergutschrift (vgl. Seite 6-7).

Im Jahr 2009 könnten die Sozialversicherungsbeiträge insgesamt auf 35,2 Prozent gedrückt werden.

• **Wachstumscluster Investitionen.** Mehr Kapital setzen die Unternehmen in Deutschland nur ein, wenn sich das unternehmerische Klima und die Gewinnaussichten bessern. Die wichtigste Sofortmaßnahme im IW-Konzept sieht vor, den Körperschaftsteuersatz von 25 auf 19 Prozent zu senken. Im Gegenzug könnten verschiedene Abschreibungsmodelle wie Medienfonds abgeschafft wer-

IW-Reformkonzept: Der finanzielle Rahmen

Wenn das wirtschaftspolitische Reformkonzept des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) für die neue Bundesregierung umgesetzt würde, brächte dies für die öffentlichen Haushalte so viel Milliarden Euro Mehrbelastung (-) bzw. Entlastung (+) durch Maßnahmen mit folgendem Ziel

	2006	2007	2008	2009
Beschäftigung mobilisieren	-3,0	-3,0	-8,7	-42,9
Investitionen stimulieren	0	-3,0	-3,0	-3,0
Humankapital bilden	0	-1,4	-2,8	-4,2
Haushalte konsolidieren	+14,3	+19,7	+25,5	+31,9
Insgesamt	+11,3	+12,3	+11,0	-18,2
Haushaltsdefizit in Prozent des BIP	2,7	2,4	2,1	3,0
Beitragssätze zu den Sozialversicherungen in Prozent	39,1	39,0	38,9	35,2

ohne Einsparungen und Mehreinnahmen aufgrund höherer Beschäftigung und höheren Wirtschaftswachstums; 2009: die hohe Mehrbelastung der öffentlichen Haushalte entsteht u.a. durch die Unterstützung der Bedürftigen aus Steuermitteln bei Einführung der Gesundheitsprämie in der gesetzlichen Krankenversicherung; Haushaltsdefizit: das Maastricht-Kriterium von 3 Prozent wird bereits ab einem jahresdurchschnittlichen BIP-Wachstum von lediglich 1,3 Prozent eingehalten; Quelle: IW-Berechnungen

*) Vgl. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): Vision Deutschland – Was jetzt zu tun ist. Ein Reformkonzept für die neue Bundesregierung, Köln 2005. Zum Download unter www.iwkoeln.de

IW-Reformkonzept: Bis 2009 zum Ziel

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) hat für die neue Bundesregierung ein wirtschaftspolitisches Reformkonzept erarbeitet. Es konzentriert sich auf vier Ziele, über die die Arbeitslosigkeit reduziert und das Wirtschaftswachstum erhöht werden soll.

Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens	Ziel			
	Beschäftigung mobilisieren	Investitionen stimulieren	Humankapital bilden	Haushalte konsolidieren
bis zum 1. 1. 2006	Beitrag zur Arbeitslosenversicherung senken, Solidaritätszuschlag abschaffen, Mehrwertsteuer erhöhen Befristete Beschäftigung erleichtern	Unternehmenssteuern senken		Haushaltssicherungsgesetz verabschieden
im Jahr 2006	Lohnzusatzkosten senken Hartz IV weiterentwickeln Wettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung verstärken	Befristung von Gesetzen, Gesetzesfolgenabschätzung und feste Fristen von Genehmigungsverfahren einführen Weitere Privatisierung vornehmen, auch von Genehmigungs- und Überwachungstätigkeiten Wirtschaftsförderung Ost neu ausrichten	Ganztagsschulen weiter ausbauen Berufsausbildung flexibler machen	Abbau von Finanzhilfen einleiten Maastrichter Defizit-Kriterium ab jetzt wieder einhalten
2007	Maximale Bezugsdauer des Arbeitslosengelds I generell auf 12 Monate verringern Zuständigkeit für ALG-II-Empfänger vollständig auf Kommunen übertragen Tarifrecht, betriebliche und Unternehmensmitbestimmung sowie Kündigungsschutz modernisieren	Mehrfache Überprüfungen eines Betriebs von verschiedenen Ämtern abschaffen Steuersystem grundlegend reformieren (Gemeindefinanzen, Einkommens- und Unternehmenssteuern) Entlohnung im öffentlichen Dienst stärker an der Leistung orientieren	Studiengebühren sowie neue Fördermöglichkeiten über Stipendien und Kredite bundesweit einführen	Unstrittige Ergebnisse der Föderalismuskommission umsetzen
2008	Unterstützung von Bedürftigen in das Einkommenssteuersystem integrieren Ehegatten- zum Familiensplitting ausbauen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung einführen	Vergabe von öffentlichen Aufträgen vereinfachen Aufbau Ost: Solidarpakt-Fördermittel nach wirtschaftlichem Erfolg auf die Länder verteilen, Spielraum bei der Verwendung erweitern, Verschuldung begrenzen	Bildungsauftrag der Kindergärten stärken Bundeseinheitliche Lernstandards einführen, lernschwache Schüler stärker fördern, Schulzeit verkürzen	Föderale Ordnung grundlegend reformieren
2009	Gesetzliche Rentenversicherung demographiefest machen Gesundheitsprämie in der gesetzlichen Krankenversicherung einführen Private Pflegevorsorge einführen			

Quelle: IW-Zusammenstellung

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 38/2005 Deutscher Instituts-Verlag

den. Als Nächstes geht es der Bürokratie an den Kragen: Verordnungen etwa werden fortan wie in den USA nur zeitlich befristet gültig.

Langfristig gelingt es nur mit einer umfassenden Steuerreform, die Investitionen anzukurbeln. So ist die Gewerbesteuer durch einen Zuschlag der Kommunen auf Einkommens- und Körperschaftssteuer zu ersetzen. Insgesamt sollten nicht mehr als 30 Prozent der Unternehmenserträge an den Fiskus fließen. Hinzu kommt die Vereinfachung der Einkommenssteuer durch drei Steuerstufen von 15, 25 und 35 Prozent sowie der Abbau von Vergünstigungen.

• **Wachstumscluster Humankapital.** Je mehr die Menschen wissen und können, umso stärker bringen sie die Wirtschaft voran. Die Basis für das gefragte Know-how wird bereits im Kindesalter gelegt. Deshalb sollten die Kindergärten einen verstärkten Bildungsauftrag erhalten; ihr Besuch müsste ab vier Jahren obligatorisch sein, wäre aber nicht mehr kostenpflichtig.

Stattdessen sollten die Hochschulen ihren finanziellen Mehrbedarf über Studiengebühren decken. Damit sich nach wie vor jeder ein Studium leisten kann, gibt es neue Förderprogramme wie Stipendien und zinsgünstige Kredite.

• **Wachstumscluster Staatshaushalt.** Sämtliche Reformen dürfen eins nicht: die Staatsschulden weiter erhöhen. Ansonsten wachsen die Zinslasten in Dimensionen, die keinerlei zukunftssträchtige Investitionen mehr erlauben. Um die Staatsausgaben in den Griff zu bekommen, sollte bis Ende dieses Jahres ein Haushaltssicherungsgesetz verabschiedet sein. Ab 2006 ist der Euro-Stabilitäts-pakt wieder einzuhalten. Das heißt, die Neuverschuldung von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen darf zusammen höchstens 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen.

Die höheren Ausgaben in den wichtigen Reformbereichen werden im IW-Konzept unter anderem durch einen sukzessiven Abbau sämtlicher Finanzhilfen möglich. Zudem sollte die Perso-

nalstärke des öffentlichen Dienstes weiter reduziert werden.

Den nachhaltigsten Einfluss auf die Staatsfinanzen hätte ab 2008 schließlich ein tief greifender Umbau der föderalen Ordnung. Die Zuständigkeiten sowie die finanzielle Verantwortung für den – reduzierten – Katalog öffentlicher Aufgaben müssen in diesem Rahmen eindeutig auf Bund, Länder und Gemeinden verteilt werden.

Die Finanzierung des IW-Reformkonzepts wäre schon ab einem durchschnittlichen Wachstum in den Jahren 2006 bis 2009 von lediglich 1,3 Prozent sichergestellt. Das Haushaltsdefizit läge selbst 2009 nicht höher als 3 Prozent des BIP, obwohl unterm Strich auf den Fiskus eine Mehrbelastung von 18 Milliarden Euro zukäme (Grafik Seite 6).

Aller Voraussicht nach würde die Wirtschaft mit den IW-Reformen aber viel dynamischer wachsen – bereits eine vorsichtige Schätzung kommt auf eine jährliche reale Zunahme des BIP von 1,8 bis 2 Prozent.